

NOVEMBER 2005

Die transatlantische Agenda ist heute global. Europa und die USA können internationale Probleme wie den Terrorismus, die künftige Energieversorgung, das Aufstreben neuer Mächte in Asien oder die Herausforderungen der Globalisierung nur gemeinsam meistern. Die *Global Must Reads* fassen die wichtigsten Studien und Analysen aus internationalen Zeitschriften sowie europäischen und amerikanischen Think Tanks auf Deutsch zusammen. Dieser Service basiert auf dem Angebot unseres täglich aktualisierten Internetportals www.atlantic-outlook.org.

- ▶ **US Grand Strategy: Fokus auf Asien** Seite 1
- ▶ **USA und China – Die Kluft wird größer** Seite 2
- ▶ **Unruhen in Frankreich: ein gesamteuropäisches Problem**
- ▶ **Private US-Militärfirmen in rechtlicher Grauzone** Seite 3
- ▶ **Globale Wasserkrise verschärft sich**
- ▶ **Wer kontrolliert in Zukunft das Internet?** Seite 4
- ▶ **China/Russland/Indien: ab 2025 droht Überalterung der Bevölkerung**

US Grand Strategy: Fokus auf Asien

(Report on the Working Group on Grand Strategic Choices, Francis Fukuyama/G. John Ikenberry, *The Princeton Project on National Security*, November 2005)

Eine hochrangig besetzte Arbeitsgruppe unter Francis Fukuyama und G. John Ikenberry fordert eine neue strategische Leitlinie für die USA, die über kurzfristige Ziele im Irak und dem Mittleren Osten hinausgeht.

Die Autoren sehen zwei mögliche Strukturen der Staatenwelt von morgen: Die USA können entweder als Zentrum eines Eine-Welt-Systems agieren, mit freien Märkten und einer demokratischen Staatengemeinschaft. Oder die Weltmacht wird sich mit regionalen Machtblöcken, bipolaren Rivalitäten und wachsender Gewalt durch kleinere Staaten und terroristische Organisationen auseinandersetzen müssen.

Der Schlüssel amerikanischer Außenpolitik liegt in Asien. Gründe hierfür sind:

- die dramatische Machtverschiebung durch den Aufstieg Chinas und Indiens,
- das Streben Chinas nach regionaler Hegemonie,
- ungelöste territoriale und politische Konflikte in der Region,
- Asiens Rolle als neue Wirtschaftslokomotive
- und der Kampf um knappe Ressourcen.

Ein wesentlicher Bestandteil einer neuen Grand Strategy der USA sollte die Erneuerung der politischen und institutionellen Partnerschaften (z.B. der NATO) sein, die Amerikas globale Rolle stützen. Die USA benötigen formal institutionalisierte Partnerschaften, innerhalb derer die Kosten und Ressourcen geteilt werden können und die für mehr Legitimität sorgen. Nur durch einen wiederbelebten

Multilateralismus werden die USA ihre herausragende globale Machtposition behalten und weiterhin für Stabilität und Frieden in der Welt sorgen können...[mehr](#)

USA und China – Die Kluft wird größer

(Nothing in Common: A Policy Review for President Bush's China Visit, John J. Tkacik, Jr., *The Heritage Foundation*, 15.11.2005)

Die USA müssen ihre China-Politik grundsätzlich überdenken und an die Realität anpassen, fordert die Heritage Foundation. Statt eine kooperative Annäherungspolitik zu verfolgen, sollten die USA die geopolitische Rolle Chinas neu bewerten. Denn in entscheidenden Bereichen bestehen noch große Differenzen:

- *Taiwan*: Die massive Aufrüstung der letzten Jahre lässt darauf schließen, dass China seinen Machtanspruch notfalls mit Gewalt einfordert. Gleichzeitig wollen die USA zur Wahrung ihrer strategischen Interessen Taiwan schützen und Chinas wachsenden Einfluss eindämmen.
- *Demokratie/Menschenrechte*: Peking sieht in der von der Bush-Regierung propagierten Ausbreitung von Freiheit und Demokratie eine Bedrohung seiner Interessen. Die kommunistische Partei fürchtet einen grundlegenden Legitimationsverlust und die Schwächung ihrer Monopolstellung in der Gesellschaft.
- *Nichtverbreitung/Terrorismus*: Außer verbalen Zusicherungen hat China bisher keinen Anhaltspunkt dafür gegeben, dass es sich aktiv gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen einsetzt. Das Beispiel Nordkorea zeigt, dass die Ansichten weit auseinanderliegen. Auch beim Kampf gegen den Terror bleiben die Erfolge der bilateralen Zusammenarbeit weit hinter den Erwartungen zurück. China hält offensichtlich die amerikanische Hegemonialpolitik für ebenso gefährlich wie den internationalen Terrorismus.
- *Wirtschaft/Handel*: Hier ergeben sich aufgrund der oft gravierenden Verletzungen von bi- und multilateralen Abkommen durch China starke Differenzen. Ob die massive Subventionierung der heimischen Industrie oder die Abwerbung von Forschungsgeldern: China will sich Vorteile gegenüber den Handelspartnern verschaffen.

Begreift die amerikanische Öffentlichkeit, dass Chinas Verhalten in vielen Punkten konträr zu den Interessen der USA verläuft, könnte dies dabei helfen, die Rolle Chinas realistischer einzuschätzen, besser auf chinesische Alleingänge vorbereitet zu sein und etwaige negative Folgen für die amerikanische Politik abzumildern...[mehr](#)

Unruhen in Frankreich: ein gesamteuropäisches Problem

(This Is Not Only a French Crisis – All of Europe Must Heed the Flames, Timothy Garton Ash, *The Guardian*, 10. November)

Frankreich durchlebt eine schwere soziale und kulturelle Krise. Der offene Rassismus wächst. Dies zeigt sich am Beispiel der Jugendlichen aus den Banlieues, für die sich die Job- oder Wohnungssuche immer schwieriger gestaltet. So werden Arbeitssuchende allein schon deshalb abgewiesen, weil sie eine bestimmte Adresse als Wohnort angeben.

Timothy Garton Ash sieht die prekäre Lage der aufständischen, größtenteils muslimischen Jugendlichen nicht als ein rein französisches Problem, sondern als eine soziale Krise, die ganz Europa betrifft. In den meisten westeuropäischen Gesellschaften leben große, aufgrund ihrer sozialen Lage häufig unzufriedene Bevölkerungsgruppen mit Immigrationshintergrund. Noch ist die Tatsache nicht ins Bewusstsein der Bevölkerung vorgedrungen, dass der Anteil von Bewohnern, die im kulturellen oder rechtlichen Sinne Zuwanderer sind, stetig und selbst dann zunimmt, wenn kein einziger Zuwanderer mehr über die Grenzen nach Europa gelangen kann. Denn die Zuwandererbevolkerung ist jünger, lebt häufiger in Familien und hat eine höhere Geburtenrate als die Einheimischen.

Die kulturelle Heterogenität der Stadtbevölkerung wird also zunehmen, der Anteil von Bewohnern mit Zuwandererhintergrund wird ab dem Jahr 2015 in den europäischen Großstädten sehr hoch sein. Die besondere Herausforderung liegt in der Bewältigung der sozioökonomischen Probleme dieser Gruppen. Dabei geht es vor allem um Arbeitsplätze, doch die entstehen zurzeit eher außerhalb Europas. Eine zweite Herausforderung bezieht sich auf Fragen der Staatsbürgerschaft, Identität

und des täglichen Miteinanders. Das vielleicht größte Problem unseres Kontinents im 21. Jahrhundert verlangt nicht weniger als eine Neudefinition dessen, was es bedeutet, Europäer zu sein ...[mehr](#)

Private US-Militärfirmen in rechtlicher Grauzone

(Problems, Effects and Implications of the Use of Private Military Firms (PMFs) in U.S. Military Assistance, Maik Müller, *Bonn International Center for Conversion*, Draft No. 1, Oktober 2005)

Private Militärfirmen (PMFs) werden von den USA verstärkt mit der Ausübung staatlicher Funktionen betraut. Allein im Jahr 2003 wurden vom Pentagon Aufträge im Wert von 30 Mrd. Dollar an PMFs vergeben. Das entspricht 8% des Verteidigungshaushalts. Ein Grund für die Auslagerung militärischer Funktionen liegt in der Überzeugung, dass der freie Markt für eine kostengünstigere und effektivere Ausübung sorgt. Allerdings werden nur 40% aller Aufträge öffentlich ausgeschrieben, so dass nicht von einem freien Wettbewerb gesprochen werden kann. Außerdem fehlen wichtige Kontrollen: Ist das Personal der PMFs ausreichend trainiert? Gliedern sich die Firmen ohne Probleme in die staatlichen Militärstrukturen ein? Erfüllen sie die vertraglichen Aufgaben wirklich?

Für das staatliche Militär ergeben sich weitreichende Folgen:

- Durch die Auslagerung entstehen auf bestimmten Gebieten Abhängigkeitsverhältnisse. Schlimmstenfalls vernachlässigt das Militär einige operative Bereiche, was sich negativ auf seine Flexibilität und Autonomie auswirkt.
- In kritischen Situationen ist die Loyalität der PMFs nicht gewährleistet, da sie als zivile Akteure nicht militärischen Befehlsstrukturen unterstehen.
- Auch auf den Staat als einzigen legitimen Gewaltmonopolisten hat das Engagement von PMFs Auswirkungen: Treten PMFs als privater Gewaltakteur neben dem Staat in Erscheinung, kann von einem staatlichen Souveränitäts- und Legitimitätsverlust gesprochen werden.

Wie kann eine effektive Kontrolle und Regulierung erreicht werden? Der Kongress ist für die Einhaltung der rechtlichen und demokratischen Normen in der US-Außen- und Sicherheitspolitik zuständig. Doch momentan wird er immer wieder umgangen. Die Angehörigen von PMFs sind weder Soldaten noch Söldner und fallen damit nicht unter internationale Gesetze oder nationale Regelungen. Als Zivilisten, die nicht an das Militärrecht gebunden sind, agieren sie im rechtsfreien Raum. Sicher ist, dass die private Militärindustrie aufgrund ihrer Flexibilität und den vielfältigen Dienstleistungen weiter an Bedeutung gewinnt. Um diese Entwicklung transparent zu gestalten und eine Kontrolle zu gewährleisten, sollten

- effektive Kontroll- und Regulierungsgesetze erlassen werden;
- der Kongress seine Kontrollmöglichkeiten im außenpolitischen Entscheidungsprozeß stärker durchsetzen;
- Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft dieses Thema kritisch diskutieren.

Anmerkung der Redaktion: Die Bundeswehr arbeitet bei Auslandseinsätzen zwar auch mit privaten Unternehmen zusammen, allerdings nur im Bereich Logistik. Militärische Kernaufgaben führt die deutsche Armee grundsätzlich selber aus...[mehr](#)

Globale Wasserkrise verschärft sich

(Labor and Population, Jill Boberg, *RAND Research Brief*, 2005)

Der weltweite Bedarf an Wasser wächst, während die Quellen zunehmend überlastet sind. Demographische Faktoren wie Bevölkerungsgröße und -verteilung beeinflussen die Nachfrage zusätzlich. Denn nur 0,014% der weltweit 1,4 Mrd. Kubikkilometer Wasser sind für den Menschen zugängliches Frischwasser.

Der Wasserverbrauch teilt sich in drei Nutzungsbereiche:

- Landwirtschaft (ca. 70%)
- Industrie (ca. 20%)
- private Haushalte (ca. 10%)

Das Anwachsen der Weltbevölkerung im 20. Jahrhundert von 1,65 auf 6 Mrd. Menschen hat zu zahlreichen Problemen bei der Wasserversorgung geführt. Dies betrifft auch die Industriestaaten, in denen aufgrund hoher Scheidungsraten und der Abnahme von familiären Wohngemeinschaften eine erhöhte Wassernachfrage zu verzeichnen ist. Die zunehmende Verstädterung verstärkt die Probleme, da durch die

urbanen Abwassersysteme der Bedarf an Wasser steigt, aber durch die Verschmutzung des Umlandes das Angebot an sauberem Wasser gleichzeitig sinkt.

Ebenso wie die demographischen Faktoren die Wasservorräte beeinflussen, wirkt sich das Wasserangebot auch auf die Demographie aus. Wasserknappheit treibt die Menschen in Gebiete mit besserer Wasserversorgung. Rodungen, Wüstenbildung und Mangel an Ackerland sind Faktoren einer Migrationsbewegung vom Land in die Stadt, wodurch die verfügbaren Wasservorräte zusätzlich belastet werden.

Ein verbessertes Wassermanagement sollte sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite umfassen. Um das Wasserangebot zu erhöhen, müssen neben dem Bau von Staudämmen auch Aufforstungsprogramme, effizientere Bewässerungssysteme, die verbesserte Nutzung von Regenwasser und die Reduzierung der Wasserverschmutzung realisiert werden. Um die negativen demographischen Effekte auf die globalen Wasservorräte zu verringern, müssen auf der Nachfrageseite effizientere Wassersysteme, politische Rahmenbedingungen, Marktmechanismen zur Konsumeinschränkung sowie direkte Eingriffe zur technischen Wartung und Erhaltung von Wasserressourcen vorangetrieben werden. Nur ein nachhaltiges Wassermanagement, das soziale und wirtschaftliche Probleme mit Fragen der Umwelt verbindet, kann eine mögliche globale Wasserkrise abwenden...[mehr](#)

Wer kontrolliert in Zukunft das Internet?

(Who Will Controll the Internet?, Kenneth Neil Cukier, *Foreign Affairs*, November/Dezember 2005)

Auf dem zweiten UN-Informationsgipfel in Tunis Mitte November ging der Streit um die Kontrolle über das Internet weiter. Ausländische Regierungen forderten von den USA, die Befugnisse der 1988 gegründeten Non-Profit-Organisation ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers) mit Sitz in Kalifornien an eine internationale Institution zu übertragen. Der erzielte Kompromiss ist wohl keine endgültige Lösung: Demnach behält ICANN die technologische Kontrolle, wird aber um ein neues Forum für politische Fragen ohne Aufsichtsfunktion ergänzt.

Das Internet benötigt ein gewisses Maß an Aufsicht und Kontrolle. Dies betrifft in erster Linie die Verwaltung des Domainnamensystems, wozu unter anderem die Vergabe der Domainnamen und die Kontrolle der 13 Hauptrechner (Root Server) gehören. Die Vergabe der Suffixe (.com, .net etc.) verspricht hohe Profite. Über die Root Server läuft der weltweite Datenverkehr. Zehn davon stehen in den USA, die restlichen jeweils in Amsterdam, Stockholm und Tokio.

Eigentlich wollten die USA 2006 ihre alleinige Aufsichtsfunktion über ICANN abgeben. Doch je lauter die Rufe anderer Länder nach mehr Mitsprache werden, desto mehr beharren die USA auf ihrer Kontrollfunktion.

Welche Alternativen gibt es? Wäre ein paralleles System eine Option? Nur bedingt, denn Technologie benötigt Homogenität. Beispiele wie das europäische Galileo-System oder der Streit um die dritte Generation des Mobilfunks zeigen die Problematik von zwei nebeneinander existierenden Systemen, die nicht ausreichend zusammenarbeiten. Dennoch werden die USA einen Teil ihrer Kontrolle abgeben müssen. Interessant ist, dass heute mit China und Iran gerade die Staaten mehr Mitspracherechte einfordern, die anfangs das Internet am meisten blockiert haben...[mehr](#)

China/Russland/Indien: ab 2025 droht Überalterung der Bevölkerung

(Old Age Tsunami, Nicholas Eberstadt, Wall Street Journal, 15.11.2005)

Das demographische Problem der Überalterung ist nicht mehr nur ein Problem der hoch industrialisierten Staaten. Auch China, Russland und Indien werden ab 2025 mit den Auswirkungen von niedrigen Geburtenraten und Überalterung konfrontiert sein. Doch anders als in den OECD-Ländern fehlen dort entsprechende soziale und ökonomische Strukturen, die den gesellschaftlichen Auswirkungen des demographischen Wandels entgegenwirken.

- *China*: Im Jahr 2025 werden mehr als 200 Mio. der dann etwa 1,5 Mrd. Chinesen über 65 Jahre alt sein. Das chinesische Rentensystem wird dieser Herausforderung nicht gewachsen sein. Die derzeitigen sozialen und

ökonomischen Strukturen sind unzureichend für die Bekämpfung der Altersarmut.

- *Russland:* Die demographische Entwicklung in Russland lässt sich mit der in Europa vergleichen. Aber anders als in Europa sind die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung sehr schlecht und das durchschnittliche Einkommen liegt um ein Viertel niedriger als in Europa. Die Lebenserwartung für Männer ist auf 58 Jahre gesunken, nicht zuletzt als Folge des unterfinanzierten russischen Gesundheitssystems.
- *Indien:* Auch wenn für 2025 ein Altersdurchschnitt von 30 Jahren für die indische Bevölkerung prognostiziert wird, sind zwei verheerende Entwicklungen zu beobachten: 1) Ein demographisches Gefälle, bei dem die ländlichen Gebiete im Süden und einige urbane Ballungszentren wie Neu Delhi und Bombay zu den schnell alternden Regionen zählen. 2) Die generelle Verarmung bestimmter Bevölkerungsgruppen, die nicht von dem hohen Wirtschaftswachstum profitieren.

Die Entwicklung in diesen für den Weltmarkt so wichtigen Staaten wird große Auswirkungen auf den globalen Kapitalmarkt haben. Angesichts der verschlechterten Rahmenbedingungen werden die Investoren ihr Engagement in diesen Ländern überdenken. Damit könnte die demographische Entwicklung für China, Russland und Indien verheerende Auswirkungen haben, was bei der allgemeinen Euphorie um China und Indien meist unberücksichtigt bleibt...[mehr](#)

Weitere Zusammenfassungen finden Sie unter www.atlantic-outlook.org

ATLANTIC  OUTLOOK		
TRANSATLANTIC ANSWERS TO GLOBAL QUESTIONS		
→ INTERNATIONALE POLITIK	→ GLOBALE WIRTSCHAFT	→ NEUE MÄRKTE UND KULTUREN
<ul style="list-style-type: none"> → Massenvernichtungswaffen und Terrorismus → Freiheit und Demokratie im Nahen und Mittleren Osten → Entwicklungspolitik/Kampf gegen Armut → Der Aufstieg Chinas und Indiens → Transatlantische Sicherheitsstrategien → Klimawandel/Umweltschutz → Zukunft der UN/Global Governance 	<ul style="list-style-type: none"> → Energie/Rohstoffe/Wasser → Bildung/Forschung/Technologie → Demographie/Global Aging/Migration → Welthandel/WTO → Internationale Finanzmärkte → Corporate Citizenship/CSR 	<ul style="list-style-type: none"> → China → Indien → Russland/Ukraine → Asien → Afrika → Lateinamerika

ATLANTISCHE  INITIATIVE

Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortlicher Redakteur: Björn Sacknieß

©Atlantische Initiative e.V. – Linkstrasse 12/Potsdamer Platz – 10785 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90

Email: info@atlantische-initiative.de

Neben der Webseite www.atlantic-outlook.org und den *Global Must Reads* rundet der *U.S. Press Digest* unser Serviceangebot ab. Wir lesen für Sie täglich mindestens 5 amerikanische Top-Zeitungen wie die New York Times und das Wall Street Journal und bereiten die wichtigsten Nachrichten komprimiert in Deutsch auf.